

fighter ein auftauchendes unbekanntes Flug-Objekt runtergeholt“ (Hardthöhen-Sprecher Armin Halle).

42 Minuten währte die freie Jagd der Luftwaffe über München. Und obwohl der Luftraum total gesperrt war, landete eine Linienmaschine der „Swissair“ in Riem, ein Charterflugzeug der „Finnair“ schwebte friedlich in Fürstfeldbruck ein — wo es sich als „unbekanntes Flugobjekt“ entpuppte. Ohne Anmeldung war die Maschine in den Münchner Luftraum eingeflogen.

Um 21 Uhr 12 gab Georg Leber „Befehl zum Abbruch des Identifizierungsauftrages“, die Starfighter kehrten nach Neuburg zurück.

Sie hätten lange suchen können: Die einzige Maschine, die in der fraglichen Zeit in Malmshiem gestartet war, stand schon seit 17 Uhr 24 im heimatlichen Hangar zu Baden-Baden: die viersitzige Cessna 172 Rocket der „Industrieflug KG“, amtliches Rufzeichen „Delta Echo Charly Delta Zulu“. Industrieflugmechaniker Rüdiger Gehrke, der die Maschine geflogen hatte, saß vor dem Fernseher und sah die Schlußfeier von München.

JUSTIZ

Lebenslüge Nr. 1

Heftige Auseinandersetzungen wird eine Arbeitsgruppe des Düsseldorfer Juristentages auslösen: Sie will das Selbstverständnis westdeutscher Richter in Frage stellen und „Justizforschung“ betreiben.

Deutschlands Richter wollen prüfen, ob auch sie nur Menschen sind.

Auf dem 49. Juristentag in Düsseldorf wird sich diese Woche eine von acht Arbeitsgruppen, mit 463 Teilnehmermeldungen besonders stark besetzt, dem Thema „Justizforschung“ widmen. Es ist das erstmal, daß die Rechtswahrer der Bonner Republik ihr Selbstverständnis vor einem so großen Forum offen diskutieren. Und Rechtsprofessor Dr. Spiros Simitis aus Frankfurt, Vorsitzender des avantgardistischen Unternehmens, erwartet einen „stürmischen Verlauf“.

Solche Prognose scheint realistisch. Denn die Selbstanalyse zielt auf ein Phänomen, das der renommierte Standesgenosse Professor Dr. Martin Draht, Bundesverfassungsrichter a. D. und Staatsrechtslehrer, als die „Lebenslüge Nr. 1“ der Juristen empfindet.

Richterlichen Selbstbetrug sieht Draht in dem Irrglauben, daß ein richtiges Urteil gleichsam automatisch das Ergebnis logischer Rechtsanwendung sei: Auch individuelles Wünschen und Wollen, meint der Gelehrte, könnten den Richterspruch beeinflussen — „und das kann riesengroß sein, so daß mit



Justizforscher Simitis
Irrglaube vom richtigen Urteil

dem Wechsel der Person des Richters in der Tat eine andere Entscheidung fällt“.

Derlei Erkenntnisse werden in Düsseldorf nicht ohne Widerspruch bleiben. „An Mißverständnissen und kontroversen Interpretationen“, so weiß Simitis schon jetzt, „fehlt es nicht.“ Was für die einen „Ausgangspunkt wissenschaftlicher Analyse rechtlicher Entscheidungstätigkeit“ sei, erscheine den anderen „als schlecht kaschierter Versuch, das traditionelle Gefüge der Rechtsordnung zu demontieren“.

Um das traditionelle Gefüge der Rechtsordnung geht es in der Tat: Das Themen-Spektrum reicht nach den Vorstellungen der Juristentags-Gruppe „von der Frage der sozialen Provenienz der Juristen und ihren Konsequenzen bis zu der minuziösen Analyse des Prozeßablaufs und der Ursachen seiner Verzögerung“.



Justizforscher Bender
Demontage am Traditionsgefüge

Und vorweg war deutlich, daß unbequeme Wahrheiten, die im letzten Jahrzehnt vereinzelt veröffentlicht wurden und vorschnell in Vergessenheit gerieten, heißen Diskussionsstoff liefern würden — etwa die Vermutung des Soziologieprofessors Ralf Dahrendorf, „daß in unseren Gerichten die eine Hälfte der Gesellschaft über die ihr unbekannte andere Hälfte zu urteilen befugt ist“.

Solche Skepsis scheint eine Umfrage, die Dr. Wolfgang Kaupen und Dr. Theo Rasehorn vom Kölner Arbeitskreis für Rechtssoziologie veranstalteten, zu bestätigen. Der Frage: „Glauben Sie, daß vor Gericht der einfache Mann nicht so gut behandelt wird wie die besseren Leute?“ stimmten 42 Prozent der befragten Bürger zu. Und 50 Prozent glauben, „daß Juristen eine Angelegenheit nur noch schwieriger machen, als sie ist“.

Dieses negative Bild freilich möchten die meisten der westdeutschen Richter ebensowenig wahrhaben wie den Umstand, daß sie — überwiegend dem Beamtenmilieu und einer bürgerlichen Mittelschicht entstammend — häufig einer konservativ-autoritären Grundhaltung verhaftet sind: Nach einer anderen Umfrage sympathisieren Oberlandesrichter zu 54 Prozent mit der CDU/CSU, aber nur zu 24 Prozent mit der SPD.

Eine Wechselbeziehung zwischen Rechtsprechung und Ideologie wird denn auch von vielen Richtern schlicht gelehnet. Daß die Praxis im Gerichtssaal anders aussieht, fanden dagegen der Hamburger Soziologie-Professor Karl-Dieter Opp und der Tübinger Diplomsozialwirt Rüdiger Peuckert in einer „Soziologischen Untersuchung über das Urteil im Strafprozeß“: „Konservative Richter bestrafen Täter aus der Unterschicht härter als Täter aus der Oberschicht. Liberale Richter bestrafen dagegen Täter aus der Oberschicht härter als Täter aus der Unterschicht.“

Und die Kernfrage des Hamburger Professors, welches wissenschaftliche Instrumentarium — das der Juristen oder das der Soziologen — dem Recht besser bekomme, harrt noch einer Antwort. Statt exakte Untersuchungen über die im Strafprozeß angewandten Theorien anzuführen, beriefen sich — so Opp — Richter gern auf die „Erfahrung“ oder die „Lebenserfahrung“.

Immerhin gründeten 1969 ein paar Stuttgarter Richter eine „Arbeitsgruppe Rechtstatsachenforschung“ und begannen, „Daten zu sammeln und auszuwerten, mit dem Ziel, daraus Aussagen abzuleiten zu den umstrittenen Problemen der Justizreform“. Schon bald freilich mußten die Sammler feststellen, daß ihr Werk „auf dilettantischem Niveau zu versanden drohte“. Denn: „Unser Fachwissen als Juristen reichte einfach nicht aus.“ So entschlossen sie sich

zu „einer interdisziplinären Zusammenarbeit mit Soziologen, Psychologen, Betriebswirten, Volkswirten, Ingenieuren und Mathematikern“.

Die Juristen studierten die Problemstellungen der Soziologen und Betriebswirte, die wiederum vom Fachwissen der Juristen profitierten. In diesem Jahr schließlich konstituierte sich die Arbeitsgruppe als „Institut für Rechtsstatistikforschung Stuttgart e.V.“ und legte in der vergangenen Woche, rechtzeitig zum Juristentag, den ersten Band einer kritischen Reihe („Reform der Justizreform“) vor.

So proben, was für Rationalisierungsexperten, Industriepaner und Computerfachleute längst selbstverständlich ist, nun auch Juristen. Und ihr erstes Urteil fällt sie gegen Bonn: Rolf Bender, Senatspräsident am Stuttgarter Oberlandesgericht und Herausgeber des ersten kritischen Bandes, zerpfückte in seiner Einleitung das Reformpaket von Bundesjustizminister Gerhard Jahn.

Bender verglich Jahns Entwurf für die Justizreform mit einer Fehlinvestition in der Industrie: Ein Betrieb baut einen dreistöckigen, 160 Meter langen Produktionstrakt, um sich hinterher „zu überlegen, mit welchen Fertigungsverfahren man in diesem Gebäude die rationellste Produktion erzielt“.

DEUTSCHLANDFUNK

Quer Beet

Der neue Intendant des Deutschlandfunks, der diese Woche gewählt werden soll, übernimmt einen Sender ohne sichere Funktion, sichere Finanzen und sichere Frequenzen.

Nötig war nur ein einziger Akt: die Wahl des Kölner Deutschlandfunk-Intendanten.

Aber in Bonn wurde daraus ein richtiges Trauerspiel — mit Regisseuren in den Parteizentralen und Chargen in den Aufsichtsgremien, mit viel politischer Kabale und einem Schmiß im Finale: Seit vier Wochen ist der Deutschlandfunk (DLF) ohne Intendanten.

Sechs Jahre lang, bis zum 15. August, hatte Franz Thedieck, 71, als CDU-Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen einst Kommandant „einer Art Propagandazentrale des Kalten Krieges“ („Die Zeit“), aus dem Herrenzimmer in der roten Backsteinvilla zu Köln-Marienburg die „Veranstaltung von Rundfunksendungen für Deutschland und das europäische Ausland“ (DLF-Satzung) überwacht.

Unter seiner Aufsicht wuchs die Anstalt, so glaubt er wenigstens, zu einem „respektablen und respektierten Sender“ mit Programmen in 14 Sprachen, 600 Mitarbeitern und einem 55-Millio-

nen-Mark-Etat. Aber sie blieb auch politisch und rechtlich umstritten, finanziell ungesichert und technisch unvollkommen ausgestattet.

Am 16. August ging der „ältere Staatsmann“ (Thedieck über Thedieck), der „das Wort ‚gesamtdeutsch‘ auch heute noch“ auf der Zunge zergehen läßt, in Pension — „froh, endlich meinen Garten auf dem Bonner Venusberg in Ordnung bringen zu können“.

Seit sechs Jahren stand Thediecks Rückzug in die Blumenbeete fest. Schon letzten Herbst gingen die Medienfunktionäre bei Christ- und Sozialdemokraten auf Suche nach einem Nachfolger. Seit Anfang des Jahres setzten auch die Aufsichtsräte des Senders immer neue Sitzungen an. Sie verliefen alle ergebnislos, wurden verschoben oder platzten.

Am Mittwoch dieser Woche nun, „nachdem sich die Leute so blamiert



Intendant Thedieck



Kandidat Lemmer



Deutschlandfunk in Köln: „Ein Patt wie im Parlament“

haben“ (Thedieck), soll der Chefessel beim DLF doch noch und dann wohl auch wieder mit einem Christdemokraten besetzt werden. Der DLF-Verwaltungsratsvorsitzende Gerd Ludwig Lemmer, 47, ein Neffe des ehemaligen Vertriebenenministers Ernst Lemmer und Unionschrist seit 1946, ist der aussichtsreichste Verlegenheitskandidat.

Mit der Wahl Lemmers wollen sich die Gremien des Deutschlandfunks aus jener Klemme herausmanövrieren, in die sie durch die komplizierte Wahlprozedur, mehr aber noch durch ihren eigenen parteitaktischen Handel geraten sind.

Der Intendant des Deutschlandfunks wird auf Vorschlag des siebenköpfigen Verwaltungsrates von den 22 Mitgliedern des Rundfunkrats gewählt. Nun haben zwar die Christdemokraten im Verwaltungsrat die Mehrheit, aber im Rundfunkrat „besteht“, so der Ratsvor-

sitzende und Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Kurt Mattick, „ein ähnliches Patt wie im Parlament“: zehn Stimmen für jeden; wenigstens zwölf sind aber nötig.

Den Ausschlag geben also die beiden unabhängigen Rundfunkräte: der evangelische Oberkirchenrat Hermann Kallina und der Vertreter des Zentralrats der Juden, Alexander Ginsburg. Beider Stimmen glaubten sich die Bonner Parteien offenbar leichter mit parteiilechem Proporzdenken als mit einem geeigneten Kandidaten sichern zu können.

Die SPD wollte im DLF an die Macht, weil der Sender bislang nur von rechten Intendanten (vor Thedieck von dem Konservativen H. F. G. Starke, dem späteren Chefredakteur der „Welt“) geleitet worden ist. Ihr schien deshalb auch der Leiter des Aktuellen DLF-Programms, Stephan Thomas, 62, als Kandidat attraktiv genug.

Die Christdemokraten beharrten auf der Wahl eines Christdemokraten: Schließlich werde, so rechneten sie vor, der zweite bundesrechtliche Sender, die Deutsche Welle, seit 1968 von dem Genossen Walter Steigner geleitet.

Mit einem Renommier-Kandidaten wollte die CDU die unabhängigen Rundfunkräte deshalb auf ihre Seite locken. Aber nachdem der deutsche Botschafter in London, Karl-Günther von Hase, der „Deutsche Welle“-Chefredakteur Johannes Gross, der frühere nordrhein-westfälische Kultusminister Paul Mikat und der CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Olaf von Wrangel ihr Desinteresse am Intendanten-Posten bekundeten, mußten auch sie sich im DLF-Funkhaus umsehen und verfielen auf Jürgen Reiß, 48, den Leiter des Europa-Programms.

Für den gesetzlich notwendigen dritten Mann nominierte der Verwaltungs-